

kirchlichen Führung in Moral- und Sozialfragen weniger Vertrauen bezeigen (Sunday Press, 24.5.92).

Die irische katholische Kirche dürfte aus der jetzigen Krise der übrigen katholischen Welt ähnlicher hervorgehen, gereifter durch Debatten und Erfahrungen, die nicht mehr zu unterdrücken waren, indes auf sozialem Gebiet unwirksam, in ihrem vornehmlichen Anliegen, der Abtreibung, ganz an

den Rand gedrängt, und in sexueller Moral überhaupt nicht mehr gehört. Das wird sie nicht daran hindern, wie *Kevin Myers* schreibt, „Europas letzte Bastion gegen die Trivialisierung von Leben und Tod im Mutterleib zu bleiben“ – im Geist des heiligen Patrick, der die heidnischen Götterhaine nicht zerschlug, sondern ohne Blutvergießen in den Dienst des christlichen Glaubens stellte. Roland Hill

Politisch polarisiert?

Die Schweiz nach den Nationalratswahlen vom Oktober 1995

Nationale Wahlen haben in der Schweiz einen begrenzten Stellenwert: Seit Jahrzehnten gibt es eine Vierparteienkoalition, die die Regierung nach einem festen Schlüssel stellt; alle Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben unterliegen dem Referendum. Die Nationalratswahlen vom Herbst 1995 fanden in einer vor allem durch den Streit um die Rolle der Schweiz in Europa aufgeheizten Atmosphäre statt. Sie brachten einen überraschenden Erfolg der Regierungsparteien, erlauben aber nur schwer Prognosen für die weitere politische Entwicklung.

In der schweizerischen Konkordanzdemokratie haben die Parlamentswahlen nicht die gleiche Bedeutung wie in einer Konkurrenzdemokratie; die Volksrechte, die eine Volksabstimmung über einen Parlamentsentscheid ermöglichen, mindern die Tragweite dieser Wahlen noch zusätzlich. Dennoch sind die eidgenössischen Wahlen von erheblicher Bedeutung, und zudem geben sie regelmäßig alle vier Jahre Auskunft über die politischen Kräfteverhältnisse und Befindlichkeiten; dies trifft in besonderer Weise auf die Wahlen 1995 zu.

Das schweizerische Parlament besteht aus zwei völlig gleichberechtigten Kammern, der Volks- und Ständekammer bzw. dem National- und Ständerat. Für die Wahlen in den 200 Sitze zählenden Nationalrat bilden die Kantone bzw. Halbkantone je einen Wahlkreis; die 200 Sitze werden nach Maßgabe der Wohnbevölkerung auf die Kantone und Halbkantone verteilt. In den 46 Sitze zählenden Ständerat kann jeder Kanton zwei und jeder Halbkanton einen Vertreter oder eine Vertreterin abordnen. Die Wahl des Nationalrates ist vollständig durch das Bundesrecht, diejenige des Ständerates zum größten Teil durch das kantonale Recht geregelt.

Seit 1931 wird der Nationalrat alle vier Jahre gewählt, und zwar am letzten Oktobersonntag des einem Schaltjahr vorangehenden Jahres für jeweils eine vierjährige Legislaturperiode; die Legislaturperiode könnte im übrigen nur durch eine der Volksabstimmung unterliegende Verfassungsform verkürzt oder verlängert werden. In den meisten Kantonen finden die Wahlen in den Ständerat am gleichen Tag statt wie die Nationalratswahlen. Weil mit Ausnahme des Kantons Jura die Ständeratswahlen nach dem Majorzsystem erfolgen, ist häufig ein zweiter Wahlgang nötig, so daß am

26. November der letzte Wahltag war. Die Regierung, der Bundesrat, wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern, der sogenannten Vereinigten Bundesversammlung. Andererseits kann das Volk Rechte wahrnehmen, die in die Tätigkeit von Parlament und Regierung maßgeblich eingreifen können. Zum einen können 100 000 Stimmberechtigte eine Verfassungsinitiative einbringen, die Gesetzesinitiative wurde noch nicht in das Bundesrecht aufgenommen. Zum andern können 50 000 Stimmberechtigte gegen ein Bundesgesetz oder einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluß, die nicht dem obligatorischen Referendum unterstehen, das fakultative (Gesetzes-)Referendum ergreifen, das heißt eine Volksabstimmung verlangen; wird ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluß indes mit einer Dringlichkeitsklausel versehen, kann er für ein Jahr in Kraft gesetzt werden.

Eine vielfältige Parteienlandschaft

Auf Bundesebene – analoge Volksrechte gibt es auf der Ebene der Kantone und der Gemeinden – wurde bisher die Hälfte aller Vorlagen, gegen die das fakultative Referendum ergriffen wurde, abgelehnt. Damit eine Vorlage angenommen wird, muß dafür nicht nur in jeder Kammer des Parlaments, sondern auch im Volk eine Mehrheit gewonnen werden können – und dies gegebenenfalls erst noch in der Mehrheit der Kantone und Halbkantone. So nötigt schon die föderalistische Struktur zu einem Ausgleich der vielfältigen und vielgestaltigen Kraftfelder.

Diese Notwendigkeit führte zur grundlegenden Besonder-

heit der schweizerischen politischen Kultur zum helvetischen Kompromiß, und zur entsprechenden politischen Struktur der *Konkordanzdemokratie*, in der die großen Parteien auf die Zusammenarbeit angewiesen sind und das Regierungssystem auf eine einvernehmliche Konfliktregelung angelegt ist. Das schweizerische Regierungssystem kennt daher weder die im Zweiparteiensystem übliche Gegenüberstellung von Regierungs- und Oppositionspartei noch die dem Vielparteiensystem eigene Form wechselnder parlamentarischer Regierungsmehrheiten und oppositioneller Minderheiten. „Die für andere Systeme typische Spannung zwischen Regierung und Opposition wird im schweizerischen Regierungssystem institutionell verhindert durch das Kollegialprinzip der Exekutive, das die ministerielle Verantwortung ausschließt, und die Volksrechte, insbesondere das Referendum“ (*Erich Gruner*).

Zu diesem System gehört wesentlich der *freiwillige Regierungsproporz*, der die im Parlament vertretenen Parteien in (große) Regierungs- und (kleine) Nichtregierungsparteien scheidet. Obwohl sich die Oppositionsrolle strukturell auf die Kleinparteien beschränkt, kann sie fallweise auch durch Regierungsparteien ausgeübt werden; so opponiert die Sozialdemokratische Partei im Parlament häufig in militärpolitischen bzw. sicherheitspolitischen Fragen, die Schweizerische Volkspartei in europapolitischen Fragen, was die Konkordanz gelegentlich in Frage stellen kann.

Als „Zauberformeln“ wird in der politischen Alltagssprache die seit 1959 beachtete parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates bezeichnet. Von den sieben Sitzen sind je zwei auf die drei großen und einer auf die kleinen Regierungspartei aufgeteilt. Die drei großen Regierungsparteien entstanden im 19. Jahrhundert. Die bürgerlichen *Freisinnig-Demokratische Partei* und weitgehend bürgerliche *Christlichdemokratische Partei* markierten ursprünglich den Gegensatz zwischen der protestantisch-liberalen Mehrheit der städtisch-industriellen Kantone und der katholisch-konservativen Minderheit in den agrarischen Kantonen, während die *Sozialdemokratische Partei* als einzige nichtbürgerliche Partei die Interessen der Lohnabhängigen vertrat. Die kleine Regierungspartei, die bürgerliche *Schweizerische Volkspartei* entstand nach dem Ersten Weltkrieg, indem sich in den protestantischen Gebieten die Bauernschaft und das Gewerbe von den Freisinnigen abspalteten.

Auf eidgenössischer Ebene eine Kleinpartei ist die *Liberale Partei der Schweiz*, in der sich die liberal-konservativen Kräfte des Freisinns in der Westschweiz und in Basel 1913 zusammenschlossen. Von den Kleinparteien, die im 20. Jahrhundert entstanden, stehen in der politischen Mitte der *Landesring der Unabhängigen* und die *Evangelische Volkspartei*, von der sich die evangelikal-konservativen *Eidgenössisch-Demokratische Union* abgespalten hat; links im politischen Feld steht die *Partei der Arbeit*. Die 1983 gegründete *Grüne Partei der Schweiz* hat sich von der ökologischen Protestpartei zu einer Reformpartei hin entwickelt, während die *Freiheitliche Partei* (vormals Autopartei), die *Schweizer Demo-*

kraten (vormals Nationale Aktion) und die *Legha del Ticinesi* Protestparteien geblieben sind.

Zusätzlich zu den Regierungs- und den genannten Kleinparteien traten in verschiedenen Kantonen kantonale Kleinparteien oder politische Gruppierungen mit eigenen Listen, Listenverbindungen oder Wahlempfehlungen zu den Nationalratswahlen an. So konnten im Kanton Zürich die feministische Liste *Frauen macht Politik* und im Kanton Freiburg die von der Christlichdemokratischen Volkspartei abgespaltene *Christlich-soziale Partei* je ein Mandat erringen. Ebenfalls von der Christlichdemokratischen Volkspartei abgespalten hat sich die vor einem Jahr gegründete rechtskatholische *Katholische Volkspartei*, die auch nach den Nationalratswahlen als Splittergrüppchen dasteht; im Kanton Aargau errang sie 0,7 Prozent der Stimmen.

Die europäische Integrationsfrage wirkte polarisierend

Zur Ausgangslage des eidgenössischen Wahlherbstes 1995 gehörten nicht nur die bisherige Stärke der Parteien und ihre neuen Programme, sondern auch eine politische Befindlichkeit, die gesamtschweizerisch als wachsendes Mißtrauen wahrgenommen werden muß. „Im Volk sinkt das Vertrauen in die politische Führung, der man die Lösung zentraler Fragen wegen struktureller Blockaden nicht mehr zutraut. Gleichzeitig wächst auch das Mißtrauen gegen die Wirtschaft, der man nicht mehr glaubt, sie werde die notwendige Beschäftigung im eigenen Land gewährleisten“ (*Matthias Saxer*, NZZ vom 25. September 1995).

Für dieses Mißtrauen macht der Politikwissenschaftler *Claude Longchamp* drei Gründe namhaft. Erstens bewirke die wirtschaftliche Rezession – wie in anderen Ländern – einen Verlust an Popularität für die Regierung. Zunächst wachse die Erwartung, die Regierung werde eine Wende herbeiführen können; weil die Möglichkeiten des Staates im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung dabei aber überschätzt werden, steige sodann die Frustration. Zweitens sei mit der weltpolitischen Wende 1989/90 der weltanschaulich fundierte Gegensatz zwischen Ost und West als Strukturelement im Denken und Handeln verschwunden. An dessen Stelle habe die Europäische Union, die im Gefolge dieser Entwicklung zum Forum der Regierungskoordination in politischen, wirtschaftlichen und juristischen Fragen geworden sei, in der Schweiz gleich mehrfach Verunsicherungen ausgelöst. Ab 1991 wurde die Schweiz dann auch – in ökonomischer wie ideeller Hinsicht – mit einem durch den Bundesrat befürworteten *Integrationskurs* konfrontiert. Die Auseinandersetzung um den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) habe die entstandene Verunsicherung in Richtung Mißtrauen vor allem traditionell ausgerichteter Kreise eher noch verstärkt (vgl. HK, Februar 1993, 65–67). Drittens habe die Konkordanzdemokratie an Ausstrahlung verloren, und im Gefolge verschiedener Staatsaffären hätten

die Medien zudem begonnen, ihre Aktivitäten zusehens weg von einem Verlautbarungsjournalismus hin zur eigenen Recherche zu verlagern. Dies fördere besonders bei politisch wenig integrierten Bevölkerungsteilen das negative Bild der Politik bzw. das Mißtrauen in die exponiertesten Behörden.

Aufgrund dieser Analyse wird verständlich, weshalb die europäische Integrationsfrage bzw. die europäische Integrationspolitik im Wahlherbst 1995 zu einem polarisierenden Katalysator werden konnte. Auf der einen Seite setzt sich die Sozialdemokratische Partei entschieden für einen Beitritt zur Europäischen Union ein, auf der anderen Seite schließt die Schweizerische Volkspartei als einzige Regierungspartei einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union kategorisch aus. Unterstützt wird sie dabei von der rechtsbürgerlichen außerparlamentarischen Oppositionsbewegung „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)“. Dabei zögert *Christoph Blocher*, Präsident der Zürcher SVP (Schweizerische Volkspartei) und der AUNS, nicht, politisch Andersdenkende herabzusetzen und zu verhöhnen und sich als Rechtspopulist zu gerieren. So beklagte sich unter anderen die Liberale Partei öffentlich, daß Leute, die für eine sorgfältige und umsichtige Behandlung der Europafrage eintreten, keine Chance hatten.

In diesem Zusammenhang lösten die vierzehn Tage vor dem Wahltag veröffentlichten Rechtsextremismusberichte einige Aufregung aus (*Urs Altermatt/Hanspeter Kriesi*, Rechtsextremismus in der Schweiz, Zürich 1995). Wohl wird darin festgehalten, „daß die rechtsextreme Bewegung in der Schweiz zahlenmäßig klein ist. Zusammen mit der organisierten Neuen Rechten umfaßt die aktive Anhängerschaft einige hundert Personen“. In der polarisierten politischen Stimmung wollte man in diesen Berichten dennoch Antwort finden auf Fragen wie: Ist die AUNS, ist die Zürcher SVP rechtsextrem? Direkt fündig wurde man aber nicht; der von Altermatt diskutierte Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist aber doch relevant: „Daß Zusammenhänge personeller, ideologischer und organisatorischer Art zwischen den Rechtspopulismus bestehen, brauchen wir nicht besonders zu betonen ... Dabei besitzen die rechtspopulistischen Wortführer mit ihren weltanschaulichen und soziokulturellen Leitbildern und Vorstellungen eine nicht geringe Wirkung auf die öffentliche Diskussion.“

In der mit Hilfe von ereignis- und strukturgeschichtlichen Methoden typologisierten extremen und Neuen Rechten in der Schweiz tritt indes ein Umfeld des Rechtspopulismus zutage: „In der deutschen Schweiz ist die Neue Rechte intellektuell und organisatorisch schwächer (als in der welschen Schweiz), übt aber mit ihrer publizistischen Tätigkeit und ideologischen Ausstrahlung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß aus.“ Als deutschsprachige Presseorgane werden erwähnt: die „Memopress“ *Emil Rahms*, das „Abendland“ *Herbert Meiers* – der auch die katholikale „pro Ecclesia Schweiz“ präsidiert und die „Schweizerische Katholische Wochenzeitung“ mitherausgibt und redigiert – und die „Schweizerzeit“ *Ulrich Schlüers*, der die protestantische

rechtsbürgerliche Vereinigung „Bürger + Christ“ präsidiert und als Vertreter der Zürcher SVP in den Nationalrat gewählt wurde.

Mit dem zunehmenden Gewicht der Europapolitik beginnt sich auch die bislang recht klare politische Struktur mit einer bürgerlichen Mehrheit und einer linken Minderheit zu verändern. Für Claude Longchamp beginnen sich dabei drei Kräfte abzuzeichnen. Ein rot-grünes Lager, das in seinen wesentlichen Teilen zunehmend Lust verspürt, das Land zu regieren; ein bürgerliches Zentrum, das Verantwortung tragen will, aber auf mehrere Parteien zerfällt, und eine national-konservative Rechte, die bei Volksabstimmungen schon heute oppositionell auftritt, ohne aber parteimäßig organisiert zu sein.

Die Regierungsparteien wurden gestärkt

Das Ergebnis der Nationalratswahlen vom Oktober 1995 wurde in diesem politischen Zusammenhang zu einer großen Überraschung. Zum einen gingen die Regierungsparteien deutlich gestärkt aus den Wahlen hervor, und zum andern sind dabei die beiden Parteien links und rechts der Mitte die klaren Sieger. Die integrationsfreundliche Sozialdemokratische Partei gewann 12 Sitze und ist jetzt mit 54 Sitzen die stärkste Partei im Nationalrat; die integrationsfeindliche Schweizerische Volkspartei gewann vier Sitze und verfügt jetzt im Nationalrat über 29 Sitze. Die beiden Parteien in der Mitte konnten sich gut bzw. nicht ganz behaupten: die Freisinnig-Demokratische Partei gewann einen Sitz und ist mit 45 Sitzen jetzt die zweitstärkste Partei im Nationalrat; die Christlichdemokratische Volkspartei verlor zwei Sitze und steht jetzt mit 34 Sitzen auf Platz drei. Insgesamt verfügen die Regierungsparteien im Nationalrat jetzt über 162 von 200 Sitzen gegenüber 147 in der letzten Legislaturperiode. Mit Ausnahme der bis 1982 dem Marxismus-Leninismus verpflichteten Partei der Arbeit, die nach einem Sitzgewinn jetzt über drei Sitze verfügt, haben alle Kleinparteien verloren.

Eigentliche Verliererin ist indes die Grüne Partei, die nach fünf Sitzverlusten nur noch neun Sitze innehat, wobei der Stimmenanteil allerdings bloß von 6,1 auf 5,1 Prozent zurückgegangen und damit auch Proporzglück von 1991 verlorengegangen ist. Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, daß die Grüne Partei den EWR-Beitritt noch bekämpft und erst die diesjährige Delegiertenversammlung einer Ausrichtung auf die europäische Integration zugestimmt hatte; so sind vermutlich europafreundliche grüne Stimmen zur Sozialdemokratie abgewandert.

Auch im *Ständerat*, in dem aufgrund der Majorzwahl die großen Parteien übervertreten sind, wurden die beiden Parteien links und rechts der Mitte gestärkt: die Sozialdemokratische Partei hat zwei Sitze, die Volkspartei einen Sitz hinzugewonnen, was indes an den parteipolitischen Kräfteverhältnissen nichts ändert, verfügen doch die bürgerlichen Freisinnig-Demokratische und Christlichdemokratische Partei zusammen über 33 von 46 Sitzen und die vier Regierungsparteien zusammen über 43 Sitze; zwei Westschweizer Man-

date gingen an die Liberale Partei und ein Mandat an den Zürcher Landesring der Unabhängigen.

Klar gewonnen haben im Ständerat die *Frauen*, die mit jetzt acht Sitzen ihren Anteil im Vergleich zur letzten Legislaturperiode auf allerdings erst 17,4 Prozent verdoppelt haben; die Kantone Zürich und Genf haben immerhin ihre beiden Mandate Frauen anvertraut. Im Nationalrat hingegen ist ihr Anteil seit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1991 stetig auf heute 43 Mandate (21,5 Prozent) gestiegen. Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz mit ihrem Frauenanteil im Parlament so im Mittelfeld – hinter Deutschland mit 26,3 Prozent und Österreich mit 25,1 Prozent.

Weil die eidgenössischen Wahlen nicht gesamtschweizerische, sondern kantonale durchgeführte Wahlen sind, sind trotz Gemeinsamkeiten bzw. nationalen Trends sowohl die Ausgangslagen wie die Ergebnisse in den einzelnen Kantonen recht unterschiedlich. Im Falle der Liberalen in der Westschweiz dürfte sich dies hingegen wiederum gesamtschweizerisch auswirken. Denn in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Genf verloren sie je einen Nationalrats- und im Kanton Genf einen Ständeratssitz. So laufen sie mit der Grünen Partei Gefahr, wie die Freiheitspartei und der Landesring in die Nähe der politischen Bedeutungslosigkeit zu geraten.

Mit Ausnahme des deutschsprachigen Teils des Kantons Wallis, in dem die Christlichdemokratische Partei (CVP) ihren Stimmenanteil auf 54,9 Prozent leicht verbessern konnte, gab es für die historische Partei der Katholiken in verschiedenen Kantonen *Enttäuschungen*. In der Inner- und Ostschweiz verlor die CVP erhebliche, die Freisinnig-Demokratische Partei einige Stimmenanteile an die Volkspartei (SVP); im Kanton Luzern ging der Stimmenanteil der CVP seit der letzten Legislaturperiode von 48,6 Prozent auf 36,5 Prozent zurück, im Kanton Schwyz verlor sie 5,5 Prozent und im Kanton Zug 7,1 Prozent und entsprechend verbesserte sich die SVP – im Kanton Luzern, wo sie erst 1992 Einzug hielt, auf 13,8 Prozent.

In einer „Erstanalyse“ hat das GfS-Forschungsinstitut, dessen Co-Direktor Claude Longchamp ist, statistisch erhoben, daß es den Siegern der Wahlen 1995 gelungen ist, neue soziale Schichten für sich zu gewinnen. Die Sozialdemokratische Partei gewann Teile der Einkommens- und Bildungsmittelschichten, verlor aber Rentner; im Gegenzug verjüngte sie sich, wird aber immer noch mehrheitlich von Männern gewählt (55 Prozent Männer, 45 Prozent Frauen). Die Schweizerische Volkspartei (SVP) gewann vor allem in den Agglomerationen und bei den Älteren; 49 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler wohnen in mittleren und kleineren Agglomerationen, und der Anteil von Männern und Frauen ist gleichmäßig geworden, nachdem der Männeranteil 1983 noch bei 70 Prozent lag. Auch die SVP hat ihren stärksten Wähler- und Wählerinnenanteil in der mittleren Altersklasse, konnte aber bei den Rentnern und Rentnerinnen von 16 auf 23 Prozent zulegen, während der Anteil der jüngeren

von 36 auf 32 Prozent zurückging. Die Hälfte des Wahlgewinns der SVP wird darauf zurückgeführt, daß die Partei in fünf Kantonen erstmals für eidgenössische Wahlen kandidierte.

Die *Wahlbeteiligung* erreichte mit 42,3 Prozent einen historischen Tiefstand. Am stärksten nahm sie in den ländlichen Gebieten ab, während sie in den großen Städten weitgehend stabil blieb. Im Vergleich zu den Wahlen 1991 sank die Beteiligung der Frauen von 42 auf 36 Prozent, jene der Männer von 52 auf 49 Prozent, jene der unter 40jährigen von 40 auf 32 Prozent, während die Beteiligung der Rentner und Rentnerinnen von 52 auf 56 Prozent stieg.

Die Stärkung der Regierungsparteien und die gleichzeitige Gewichtsverlagerung nach rechts und links macht politische Prognosen schwierig. Für die Kleinparteien, die die eigentlichen Verliererinnen der Wahlen 1995 sind, stellt sich zunächst die Frage der Fraktionsbildung. Denn nur Parlamentsfraktionen, im Nationalrat sind dafür mindestens fünf Sitze erforderlich, sind zur Einsitznahme in die Kommission berechtigt, wer also keiner Fraktion angehört, kann auf den Parlamentsbetrieb nur geringen Einfluß nehmen. Die siegreichen Regierungsparteien ihrerseits sind herausgefordert, für die anstehenden wichtigen politischen Fragen wirklich tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Andere Lösungen würden die Zustimmung des Volkes, das das letzte Wort hat oder verlangen kann, mit Bestimmtheit nicht finden. So ist noch im Juni 1995 eine Vorlage, die das Gesetz zur Einschränkung des Erwerbs von Grundstücken durch Ausländer lockern wollte, unter Führung der rechten Kleinparteien Schweizer Demokraten und Lega gegen den Widerstand der Regierungsparteien und der anderen oppositionellen Kleinparteien in einer Volksabstimmung abgelehnt worden. Auf das politische Mittel des Referendums setzen aber auch die beiden Regierungsparteien, die sowohl Regierungsverantwortung wahrnehmen als auch fallweise die Rolle der Opposition übernehmen und die aus den Wahlen 1995 gestärkt hervorgegangen sind: die Sozialdemokratische Partei (SP) und die Schweizerische Volkspartei (SVP).

Gewichtige Fragen, die einer Lösung harren

Ob sich zunächst das bürgerliche Zentrum – die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die Christlichdemokratische Partei (CVP) – findet und dann eine Mehrheit sucht oder ob es zu neuen Koalitionen kommt, wird sich erst zeigen müssen. Für Claude Longchamp gibt es aufgrund des tripolaren Kraftfeldes theoretisch zwei stabilisierende Brückenschläge: entweder eine Koalition des Zentrums mit der Rechten unter Ausgrenzung der Linken oder aber eine Koalition des Zentrums mit der Linken unter Marginalisierung der Rechten.

Eine Mitte/Rechte-Koalition würde der *Innenpolitik* den Vorrang geben, namentlich der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bei diesem Szenario wären in wesentlichen in-

nenpolitischen Fragen klare Mehrheiten wahrscheinlich. Außenpolitisch würde sich die Öffnung der Schweiz auf die Wirtschaft beschränken. In diesem Szenario ergäbe sich das Problem, daß europapolitisch äußerste Zurückhaltung zu üben wäre und sich die französische Schweiz von der almanischen Mehrheit noch mehr entfremden würde.

Eine Mitte/Linke-Koalition würde der *europäischen Integrationspolitik* den Vorrang geben und so eine politische Blockierung lösen können; die Schweiz könnte außenpolitisch wieder konsequent offen werden. Das Problem in diesem Szenario wäre, daß sich die Rechtsopposition parteipolitisch organisieren würde und wenigstens in der deutschsprachigen Schweiz elektoral zu einer starken Kraft werden könnte. Weil aber sowohl innen- wie außenpolitische Probleme nicht nur anstehen, sondern dringend zu lösen sind, wird sich die „*classe politique*“ vermutlich für keines dieser Szenarien entscheiden können. Sie wird vielmehr einen Mittelweg suchen, das heißt, auf dem bisherigen konkordanzdemokratischen Weg sowohl innen- als außenpolitische Fragen

so zu lösen versuchen, daß die (Kompromiß-)Lösungen auch vor einer Volksabstimmung bestehen können.

Dringend einer Lösung harren zur Zeit nämlich sowohl Fragen, die von einer Mitte/Rechts-Koalition, als auch Fragen, die von einer Mitte/Links-Koalition leichter zu lösen wären als von der gegenwärtigen Vier-Parteien-Koalition. Innenpolitisch müssen namentlich die Bundesfinanzen in Ordnung gebracht, die Sozialversicherungswerke konsolidiert und die Finanzierung der neuen Alpentransversalen (Neat) und des übrigen öffentlichen Verkehrs (Bahn 2000) gesichert werden; dazu kommt der Reformbedarf für die politischen bzw. staatlichen Institutionen. Außenpolitisch muß die Schweiz ihre Position gegenüber der europäischen Integration verbindlich festlegen und namentlich ihre Beziehungen zur Europäischen Union aushandeln. Hierbei einen Mittelweg konsequent einzuhalten, dürfte nach dem Wahlherbst 1995 mit seiner Stärkung der Regierungskoalition unter gleichzeitiger Stärkung der zentrifugalen Kräfte in ihr nicht leichter geworden sein.

Rolf Weibel

„Wissen, was wir tun“

Ein Gespräch mit DFG-Präsident Wolfgang Frühwald

Auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt richten sich viele Hoffnungen. Gleichzeitig löst er wegen seines Tempos und seiner Risiken aber auch Ängste aus. Wächst uns der Fortschritt über den Kopf? Was müssen die Wissenschaftler, was muß die Gesellschaft für eine humane Zukunftsbewältigung leisten? Darüber sprachen wir mit dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Wolfgang Frühwald. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Frühwald, Politiker überbieten sich derzeit gegenseitig mit der Forderung, Deutschland müsse möglichst schnell fit für die Zukunft gemacht werden, überall ist von entscheidenden Zukunftstechnologien die Rede, bei denen man den Anschluß nicht verpassen dürfe. Wenn man einmal die unvermeidliche Portion Rhetorik bei solchen Äußerungen abzieht: Sind wir wirklich zu zögerlich, wo es um die zukünftige wissenschaftlich-technische Entwicklung und ihre Chancen für die Gesellschaft geht?

Frühwald: Über die Zukunft wird heute vermutlich auch deshalb so viel geredet, weil wir am Ende eines Jahrhunderts und zugleich eines Jahrtausends stehen. Der alte Chiliasmus ist aus den Jahren des Übergangs vom 20. zum 21. Jahrhundert nicht wegzudenken. Jahrhundert-Enden haben immer schon zu Zukunftsspekulationen verführt. Dieser Verführung erliegen Politiker in einer Demokratie, die auf die Zustimmung des Publikums angewiesen sind, besonders gern. Aber das ist nur ein Aspekt: Gleichzeitig haben wir nicht zuletzt durch das Nachdenken darüber, was wir am Jahrhundertende erreicht bzw. nicht erreicht haben, be-

merkt, daß es in der Bundesrepublik, aber auch in Westeuropa insgesamt erhebliche wirtschaftliche, ökologische, gesellschaftlich-soziale und wissenschaftliche Defizite gibt. Diese Defizite müssen wir aufholen, wenn wir für die Auseinandersetzungen gerüstet sein wollen, die nicht erst mit dem Jahr 2000 beginnen werden, sondern längst begonnen haben. Ich denke dabei vor allem an die Auseinandersetzung mit den Wachstumsregionen in Asien, mit denen wir konkurrieren müssen.

HK: Sind die Defizite etwa bei den Zukunftstechnologien wie Informations- und Biotechnologie wirklich so groß, daß die deutsche bzw. europäische Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt ist?

Frühwald: Ich meine schon. In den USA hat man vor zwanzig Jahren damit begonnen, den ganzen Bereich der Biotechnologie und Gentechnologie als einen industriellen Wachstumssektor zu entdecken. Daraufhin haben die Amerikaner über ihre „National Institutes of Health“ eine riesige Forschungsoffensive gestartet und diese Organisation mit jähr-